

In: Die Neue Ordnung, 41 (1987) 4, S. 144-156.

Eva-Maria Masyk  
Ludwig Watzal

## Blickwinkel

Europäische Sicherheit aus der Sicht der USA

**zunehmende gegenseitige Ressentiments  
unterschiedliche Einschätzung der sowjetischen Bedrohung  
Supermacht USA vertritt globales Sicherheitskonzept  
neo-isolationistische Tendenzen in den USA  
Unterstützung ist der Preis europäischer Sicherheit**

Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten im transatlantischen Bündnis sind keine aktuelle Erscheinung, sie gibt es seit seiner Gründung im Jahre 1949. Daß eine enge Zusammenarbeit zwischen souveränen Staaten, die sich nicht nur durch gemeinsame Wertvorstellungen und sicherheitspolitische Interessen auszeichnen, sondern auch durch unterschiedliche historische, geographische, soziale, ökonomische, kulturelle und machtpolitische Eigenschaften, liegt dabei ganz in der Natur der internationalen Politik. Die zunehmende Interdependenz innerhalb des internationalen Systems, regionale Integrations- und nationale Unabhängigkeitsbestrebungen, die Entwicklung immer modernerer Waffensysteme und wachsende wirtschaftliche und politische Probleme in der III. Welt stellen – neben dem fortdauernden Ost-West-Konflikt – die westlichen Verbündeten vor zahlreiche Fragen und Herausforderungen, deren gemeinsame Bewältigung für das Weiterbestehen der Allianz von essentieller Bedeutung ist.

Diese Tatsachen und die damit verbundenen Auseinandersetzungen sind nicht neu, und nicht immer waren Unstimmigkeiten und gegenseitige Kritik

Anlaß dafür, von einer „Krise“ zu sprechen. Schenkt man den Worten des amerikanischen Botschafters in Bonn, Richard Burt, Glauben, so gibt es dafür auch jetzt keinen Grund: „Die Ereignisse der vergangenen Jahre haben ziemlich deutlich gezeigt, daß es gar keine grundlegende Krise des Bündnisses gibt<sup>1</sup>.“ Doch obgleich sich auf beiden Seiten des Atlantiks Politiker und Wissenschaftler gegenseitig versichern, daß die Allianz nicht in Frage gestellt werde und die USA in Europa andauernde strategische Interessen verfolgen, mehren sich nunmehr auf amerikanischer Seite die Stimmen derjenigen, die den Zusammenhalt der NATO und ihre Zukunft in Zweifel ziehen. So äußerten kürzlich amerikanische Politiker vor dem auswärtigen Ausschuß des Repräsentantenhauses freimütig ihre Befürchtungen über die sich verschlechternden Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa. Da manche europäischen Verbündeten nicht mehr zu den tragenden Elementen der NATO-Verteidigungspolitik stünden, könne die NATO eines Tages nur noch auf dem Papier bestehen.

### Gegenseitige Vorwürfe

Tatsächlich müssen selbst die prominentesten Befürworter der transatlantischen Zusammenarbeit eine Zunahme von gegenseitigen Ressentiments in den USA und in Westeuropa eingestehen. Kaum eine der amerikanischen Maßnahmen und außenpolitischen Initiativen der letzten Zeit – seien es nun militärische Aktionen wie in Grenada oder Libyen, das US-Engagement in Nicaragua und El Salvador oder langfristige Konzepte wie SDI oder die Reagan-Doktrin – fanden die ungeteilte Billigung und Unterstützung der westeuropäischen Alliierten. Die in Amerika wieder stärker festzustellende Tendenz zu Unilateralismus und Isolationismus spiegelt sich in der Besorgnis der Westeuropäer wider, die USA würden sich nicht mehr um die Alliierten kümmern und auf eigene Faust handeln (z. B. Aufkündigung von SALT II) und in der Angst, die in ihren Augen falsche Politik der USA (z. B. in der III. Welt) könnte auch die westeuropäischen Länder involvieren<sup>2</sup>.

In den USA indessen ist man der Unzuverlässigkeit Europas und des mangelnden Rückhalts in der Allianz überdrüssig: Immer häufiger werden Sinn und Vorteile des Bündnisses für die nationalen Interessen Amerikas kritisch hinterfragt, tauchen zu diesem Thema Veröffentlichungen auf, die in dieser dezidierten Form vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen wären<sup>3</sup>. Dabei konzentriert sich die amerikanische Kritik vor allem auf zwei Punkte: Zum einen leisten ihrer Meinung nach die Westeuropäer keinen angemessenen Beitrag zur NATO, zum anderen lehnen sie es ab, sich an Abwehrmaßnahmen der Amerikaner bei Bedrohungen der Allianz außerhalb Europas zu beteiligen. Was den ersten Vorwurf angeht, so ist der seit vielen Jahren andauernde Streit um eine gerechtere Lastenaufteilung eng verbunden mit den der NATO-

Strategie inhärenten Widersprüchlichkeiten, die sich aus dem Zusammenwirken von flexible response-Konzeption, nuklearer Eskalationstheorie, Doktrin der Vorverteidigung und konventioneller Schwäche der Allianz ergeben. Da die NATO aus Mangel an wichtiger Ausrüstung und Munition nicht einmal die Fähigkeit besitze, 30 Tage lang einen konventionellen Krieg zu kämpfen – argumentieren amerikanische Experten – verlasse sich Westeuropa leichtsinnigerweise auf einen frühen Einsatz nuklearer Waffen, und dies, obwohl Europa allein mit konventionellen Waffen verteidigt werden könnte, wenn die Europäer es wirklich wollten<sup>4</sup>.

Die von den Amerikanern mit Nachdruck geforderte stärkere konventionelle Rüstung kann nur bedingt im Sinne der Europäer sein. Zu starke konventionelle Streitkräfte würden ihrer Ansicht nach die nukleare Verbindung zwischen Westeuropa und den USA unwahrscheinlicher und deshalb die Abschreckung insgesamt schwächer machen. Da ein längerer konventioneller Krieg für Europa verheerende Folgen haben würde, stellt die primäre Funktion der nuklearen Kurzstreckenwaffen deshalb in den Augen der Westeuropäer die Androhung einer frühen atomaren Eskalation auch bei einem rein konventionellen Angriff des Warschauer Paktes dar. Von diesem Standpunkt aus sollen die amerikanischen Truppen in Europa weniger der konventionellen Verteidigung dienen denn als Auslöser für das amerikanische Involvement. Diese von den Europäern vertretene Konzeption wird von vielen Amerikanern seit dem Verlust der absoluten nuklearen Superiorität nicht mehr geteilt. Die USA wollen größeren Handlungsspielraum und das Freihalten mehrerer (realistischer) Optionen. Ein automatisches oder gesichertes amerikanisches Eingreifen mit Atomwaffen wird abgelehnt, um das eigene Territorium nicht mit einem nuklearen Gegenschlag zu gefährden. So sprechen sich in aktuellen Meinungsumfragen etwa die Hälfte aller Amerikaner – auch bei einem atomaren Angriff des Warschauer Paktes auf Westeuropa – gegen eine nukleare Antwort der USA aus<sup>5</sup>.

### **Unterschiedliches Bedrohungsempfinden**

Tieferer Grund für diese zunehmende Unwilligkeit, das eigene nationale Überleben eng an das Schicksal der Alliierten zu binden, ist nicht zuletzt in den Spannungen innerhalb der Bündnispartner durch die Herausbildung unterschiedlicher Bedrohungspereptionen zu suchen. Während die USA aufgrund der weltweiten Ausdehnung ihrer Interessen den Konflikt mit der Sowjetunion – und die Herausforderung des „American way of life“ durch die kommunistische Ideologie – global wahrnehmen, hat die ideologische, aber auch die militärische Bedrohung durch den Kommunismus im Bewußtsein vor allem der jüngeren Bevölkerungsschichten in Europa insgesamt abgenommen. Stärker als die Schutzmacht Amerika ist man in Europa eher bereit, sich mit der

Sowjetunion zu arrangieren und in einem „entspannteren“ Klima auch von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu profitieren. Historische, kulturelle, geographische und vor allem psychologische Faktoren schaffen für die europäische Politik eine andere Ausgangssituation und berechtigen in gewissem Maße auch zu einem „besonderen“ Kurs gegenüber den kommunistischen Nachbarn, wofür die Vereinigten Staaten jedoch kaum Verständnis aufzubringen in der Lage sind. Ihre Einschätzung von der Bedrohung durch die sowjetische Macht ist seit den Jahren der Truman-Administration im wesentlichen konstant geblieben, wie Verteidigungsminister Weinberger in seinem Jahresbericht an den Kongreß 1985 unmißverständlich darlegt: „Von dem wachsenden militärischen Potential und der Expansionspolitik der Sowjetunion geht nach wie vor die unmittelbarste und größte Bedrohung unserer nationalen Interessen aus“<sup>6</sup>.

Eine Verteidigungsorganisation wie die NATO bedarf aber für ihren inneren Zusammenhalt nicht nur gemeinsamer Sicherheitsinteressen, sondern in weit höherem Maße gemeinsamer Wertvorstellungen, in denen die zentralen Leitlinien der atlantischen Außenpolitik verankert sein müssen. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Natur und Intensität der sowjetischen Bedrohung stellen deshalb ein Problem dar, das die Basis des NATO-Bündnisses tangiert – vor allem dann, wenn über den engeren Rahmen Europas hinaus kein Konsens für ein gemeinschaftliches global-politisches Konzept gefunden werden kann. „Noch niemals in der Geschichte der NATO klappte die Einschätzung der sowjetischen Bedrohung zwischen Amerikanern und Europäern so weit auseinander wie heute. Die geopolitischen Konsequenzen der „teilbaren“ Entspannung haben den eigentlichen Kern, die „raison d'être“ der Allianz – das gemeinsame Bewußtsein der sowjetischen Gefahr – untergraben und unterschiedliche Strategiekonzepte gegenüber der Weltmacht Sowjetunion hervorgerufen“<sup>7</sup>.

### **Globales versus regionales Sicherheitskonzept**

Differenzen innerhalb der NATO, besonders zwischen Westeuropa und den USA, über die globalen Sicherheitsaufgaben der NATO bzw. mögliche Formen des über das definierte Vertragsgebiet hinausgehenden militärischen Engagements stellen eine ständige, ernstzunehmende Gefährdung des Zusammenhalts der Allianz dar. Ihre Ursache liegt zum einen in den unterschiedlichen sicherheitspolitischen und strategischen Perspektiven bezüglich der realen Sicherheitserfordernisse, die sich aus der notwendigen Unterstützung und Stabilisierung pro-westlicher, befreundeter Staaten weltweit ergeben, zum anderen aus der divergierenden Einschätzung der langfristigen Zielsetzungen sowjetischer Außenpolitik in ihrer weltweiten Dimension. Die drei großen Bereiche amerikanischer Interessen: Sicherheit, Wirtschaft und Ideologie, sind

entsprechend politischer Grundhaltung und Selbstverständnis interdependent und immer global. Eng verbunden mit den ideologischen Interessen, hier vor allem die Erhaltung westlicher Demokratien und freier Marktsysteme sowie deren Verbreitung („missionarischer“ Charakter der amerikanischen Außenpolitik), entwickelten sich seit dem Zweiten Weltkrieg die Sicherheitsinteressen der USA. Diese sind in erster Linie der Schutz der nationalen Integrität und Unabhängigkeit und umfassen nicht nur das unmittelbare Verhältnis zur anderen Supermacht, sondern ebenso viele „sekundäre“ Beziehungen zu verbündeten, befreundeten und verfeindeten Nationen. Die ökonomischen Interessen wie Handel und Investitionen, der Schutz marktwirtschaftlicher Strukturen und der Zugang zu natürlichen Ressourcen, sind in vielfältiger Weise mit den sicherheitspolitischen Interessen verflochten. Diese hohe Bedeutung der „wirtschaftlichen Sicherheit“ wird in Reagans globalstrategischem Ansatz reflektiert, der Außen-, Verteidigungs-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik zu einer untrennbaren Einheit zu verbinden sucht<sup>8</sup>.

### Verständnis sinkt mit dem Abstand

Als Supermacht vertritt Amerika das Konzept einer globalen Sicherheitspolitik, in der Südwest- und Ostasien, Lateinamerika, die Karibik und Afrika immer mehr an Bedeutung gewinnen und West- und Zentraleuropa nur als eine – wenn auch sehr wichtige – Region in der globalen Konfliktaustragung eingestuft wird. Obgleich auch die Interessen der NATO-Länder sich in der heutigen Welt mit den außen- und sicherheitspolitischen Problemen anderer Länder interdependent präsentieren, ist in der Regel das Verständnis, das die Europäer für amerikanische Aktionen aufbringen, um so geringer, je weiter ein Krisenherd von Europa entfernt ist. Wichtige, global relevante Sicherheitsprobleme werden von den Westeuropäern zumeist aus ihrer beschränkten regionalen Perspektive heraus betrachtet (Frankreich und Großbritannien stellen in dieser Hinsicht eine gewisse Ausnahme dar), was von den Amerikanern, die zumindest politische Unterstützung fordern, ebenso mit Nachdruck abgelehnt wird wie ein europäisches Veto, wenn es um die Verfolgung globaler amerikanischer Interessen geht. Trotz beständiger Bemühungen seitens Amerikas fühlen sich die Alliierten nicht als Partner bei den globalen Aufgaben der USA. „Aber die Vision einer umfassenden Arbeitsteilung, bei der Amerika einen Großteil der Kosten und Risiken des Schutzes der westlichen Welt übernimmt, während sich Westeuropa darauf konzentriert, Brücken zum Osten zu schlagen, ist eine Teilung, die sowohl für Amerika als auch für Europa unannehmbar sein sollte. Europa ist zu groß geworden, zu wohlhabend, zu stabil und zu sicher – und es geht für uns um zu viel – als daß es die schwierigen Aufgaben der Verteidigung der westlichen Interessen in der ganzen Welt den Vereinigten Staaten überlassen könnte<sup>9</sup>.“

Diese könnten bei der Erfüllung „weltpolizeilicher“ Aufgaben unter Umständen ihrem selbst erhobenen Anspruch einer „1 1/2-fachen Kriegsführungsfähigkeit“ gar nicht genügen, zumal die Unklarheiten über die „halben“ („limited“) Kriege von amerikanischer Seite niemals ausgeräumt worden sind<sup>10</sup>.

Den ständigen Bemühungen seitens der Amerikaner, die westlichen Alliierten zur Verbesserung der integrierten Verteidigungsstruktur, zur Übernahme größerer Lasten und nicht zuletzt zu Kooperationsbereitschaft bei Bedrohungen vitaler Interessen auch außerhalb des NATO-Gebietes zu bewegen, hatten bislang jedoch nur geringen Erfolg. Von der Möglichkeit ausgehend, daß eine gleichzeitige Konfrontation in zwei Gebieten eintreten könne, wurden beim NATO-Gipfel 1982 in Bonn entsprechende Richtlinien für die europäischen Mitglieder aufgestellt, die insgesamt einen brauchbaren Ansatz für die zukünftige Zusammenarbeit darstellen könnten.

Bis heute jedoch ist der Konsens innerhalb der NATO hinsichtlich der gemeinsamen Orientierung und Ressourcen-Beschaffung bei extra-regionalen Krisen völlig unzureichend, und nicht zuletzt haben die Ereignisse der jüngsten Zeit (amerikanische Aktionen gegen Libyen) sich als Gradmesser für die Hilfsbereitschaft der Europäer erwiesen.

### Amerikanische Vorschläge zur Reorganisation der NATO

An die immer wiederkehrenden Mahnungen der Amerikaner, die Bündnispartner sollten doch endlich mehr Geld für die eigene Verteidigung ausgeben, hat man sich in Europa allorts gewöhnt. Sie ergehen seit beinahe 20 Jahren. Zuletzt einigten sich 1977 die NATO-Alliierten auf eine jährliche Erhöhung der nationalen Verteidigungsbudgets um real 3 Prozent, aber lediglich Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland lösten diese Zusage auch ein. Obwohl Europa heute, 40 Jahre nach Gründung der NATO, neben den USA die wohlhabendste und am weitesten fortgeschrittene Region der Welt ist, geben die USA für seine Verteidigung jährlich circa 135 Milliarden Dollar aus<sup>11</sup>. Zusammen mit den ebenfalls beträchtlichen Verteidigungsaufwendungen für ihre anderen Verbündeten (besonders Japan, Südkorea und Israel) und den umfangreichen Militärhilfeprogrammen für zahlreiche befreundete Länder addieren sich diese Ausgaben insgesamt zu einer ungeheuren Belastung des ohnehin erheblich verschuldeten amerikanischen Bundeshaushaltes. Gleichzeitig erhöht sich in Amerika die Armutsrate, verfällt das soziale Sicherungsnetz unter den rigorosen Sparmaßnahmen der Regierung, und es entstehen immer mehr zusätzliche Erfordernisse bei den Hilfeleistungen an strategisch wichtigen Staaten (Philippinen, Mexiko, Mittelamerika).

1982 schließlich machten die Vereinigten Staaten anläßlich des Streites um die sibirische Gas-Pipeline ihrem Ärger unverhohlen Luft und drohten den Europäern mit ernststen Konsequenzen: Senator Ted Stevens trat im amerikanischen

Kongreß für eine Reduzierung der in Europa stationierten US-Truppen ein, denn – so argumentierte Stevens – wenn die Europäer von der Sowjetunion nichts zu befürchten hätten, seien US-Truppen auf dem europäischen Festland in diesem Umfang völlig überflüssig<sup>12</sup>.

Senator Stevens Initiative wurde vom amerikanischen Kongreß zwar abgelehnt, doch sollte dieser Ansatz, es nun „ernst zu machen“, nur einer von vielen sein. So brachte Senator Sam Nunn, der als starker Befürworter der Allianz noch zwei Jahre zuvor gegen Truppenreduzierungen in Europa votiert hatte, 1984 im Senat eine Gesetzesvorlage für einen graduellen Truppenabzug ein, falls die Westalliierten ihrem Versprechen einer 3%igen Erhöhung der Verteidigungshaushalte nicht nachkommen sollten. Diese 3-Prozent-Forderung wurde durch mögliche kompensatorische Leistungen (Aufstockung der Munitionsvorräte für 30 Tage; Bereitstellung zusätzlicher Flugplätze für die taktischen Geschwader der US-Airforce; Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit) von Nunn selbst, der mit seinem Vorschlag den viel radikaleren Forderungen der Ultra-Konservativen zuvorkommen wollte, relativiert, und hatte wegen ihres (knappen!) Mißerfolgs keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Europäer. Doch war dieses Warnsignal aus Amerika unüberhörbar. Seitdem ist in den Vereinigten Staaten die Anzahl der Stimmen immer größer geworden, die „Positionen des Landes in Frage stellen, welche lange Zeit als unumstößlich galten“<sup>13</sup>. Politiker beider Parteien, unter ihnen Prominente wie Jeanne Kirkpatrick, Zbigniew Brzezinski und Henry Kissinger, treten für eine Neubewertung des atlantischen Bündnisses ein, für einen teilweisen oder ganzen Truppenrückzug aus Europa und eine „Doktrin der Selbstbeschränkung“.

### Teilung der Verantwortung

Im Gegensatz zu den frühen 70er Jahren geht heute der politische Druck auf eine Truppenverminderung in Europa nicht von den Liberalen, sondern von Konservativen und Ultra-Konservativen aus, die den Geltungsbereich der „vitalen“ Interessen der USA drastisch eingeschränkt sehen möchten. Ihnen allen gemeinsam ist der Zweifel an der Logik der „erweiterten Abschreckungsstrategie“ („extended deterrence“)<sup>14</sup>, die die Basis der NATO darstellt. Sie beinhaltet die Abschreckung des Einsatzes nuklearer Waffen nicht nur gegenüber der eigenen Nation, sondern auch gegenüber verbündeten Staaten und müßte – um wirklich glaubwürdig zu sein – sich auf eine (relative) eigene Unverletzlichkeit, eine effektive strategische Verteidigung und sehr starke Zweitschlagkapazität gründen. Diese Voraussetzungen sind jedoch in der Praxis nicht gegeben, und die öffentliche Unterstützung für die Androhung eines gegenseitigen Selbstmordes ist in den USA gering, ganz im Gegensatz zu der Befürwortung des amerikanischen NATO-„commitments“ im allgemeinen. Von der Überzeugung geleitet, daß die NATO-Struktur mit ihren veralteten

Konsultationsmechanismen nicht funktioniere, da die USA zu stark dominieren und die Europäer kein ausreichendes Verantwortungsbewußtsein entwickelten, schlägt Henry Kissinger eine strukturelle Reform des NATO-Bündnisses vor. Sie solle eine stärkere Identifikation und damit eine neue Rolle Westeuropas in der Allianz ermöglichen, eine bessere Teilung der Verantwortung und einen größeren Zusammenhalt<sup>15</sup>. Neben der Veränderung der Kommandostruktur (der Oberste Befehlshaber Europas soll Europäer, der NATO-Generalsekretär dafür Amerikaner sein), sollen die europäischen Verbündeten nun eigenständig INF- und MBFR-Verhandlungen führen und bis etwa 1990 größtenteils für die konventionelle Verteidigung Europas zuständig sein. Beibehalten werden sollen die nukleare Abschreckung eines atomaren Angriffes, taktische Atomwaffen, die maritime US-Präsenz in Westeuropa sowie mobile konventionelle Streitkräfte der USA für die Verteidigung von Westeuropa. Die bessere Verteilung der Lasten ermögliche so die zukünftigen Schutzfunktionen Amerikas, das sich dann mehr für die Wahrung gemeinsamer globaler Interessen einsetzen könne. Sollte Westeuropa nicht bereit sein, zusätzliche Verantwortung zu übernehmen, sondern lediglich seinen eigenen konventionellen Verteidigungsbeitrag erhöhen, dann – so Kissinger – müßten NATO-Strategie, die amerikanische Belastung und, aus politischen und psychologischen Gründen, auch die Stationierung der US-Truppen unverändert bleiben. Im Falle einer Weigerung Westeuropas, größere konventionelle Verteidigungsanstrengungen zu unternehmen, plädiert Kissinger für eine 50%ige Verringerung der amerikanischen Verbände in Europa unter Beibehaltung der see- und luftgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen.

### „Zwei-Säulen-Bündnis“

Im Vergleich zu den von Kissinger entwickelten Optionen enthalten die Vorschläge von Irving Kristol und Kim Holmes<sup>16</sup> zur „Neukonstruktion der NATO“ wesentlich weitreichendere Veränderungen: Ausgehend von den in den USA allgemein perzipierten amerikanisch-europäischen Interessengegensätzen bezüglich der amerikanischen Globalstrategie und den Bedrohungsvorstellungen hinsichtlich der Sowjetunion, fordern diese Autoren eine eigenständige „strategische Identität“ Europas<sup>17</sup>, die sich am besten in einem „Zwei-Säulen-Bündnis“<sup>18</sup>, z. B. einer mit den USA verbündeten „European Treaty Organization“ (ETO) verwirklichen lasse. Die Aufgabe der nuklearen Garantie und der Abzug aller amerikanischen Truppenkontingente würde nicht nur den Streit über eine gerechte Lastenaufteilung ein für allemal beenden, auch hätten die USA dann – unbehindert durch die NATO-Verpflichtungen und durch große finanzielle Aufwendungen – mehr Handlungsfreiheit bei der Verfolgung ihrer nationalen Interessen im Pazifik und Mittelamerika. Obgleich Kristol und seine ultra-konservativen Anhänger auch weiterhin eine

militärische Unterstützung der USA bei der Verteidigung Europas befürworten, liegt bei diesen Ansätzen zur Umgestaltung der NATO ganz klar auf der Hand: Die von Kristol genannten Vorteile für Europa (Selbstvertrauen, Unabhängigkeit, Möglichkeit der „teilbaren“ Entspannung) wiegen die eindeutigen Nachteile für Europa bei weitem nicht auf. Zudem setzte die Verwirklichung der „Dual Alliance“ die Einigung Europas voraus – ein Ziel, das die Amerikaner seit jeher vehement unterstützt haben, das aber dennoch in weiter Ferne liegt. Nach Ansicht der Konservativen jedoch wird die Integration Europas durch die amerikanische Präsenz eher behindert als gefördert. „Ohne Amerika wäre Europa hingegen gezwungen, sich auf sich selbst zu verlassen“<sup>19</sup> und zum Zwecke einer gemeinschaftlichen Verteidigungspolitik für die Beilegung alter Souveränitätsstreitigkeiten zu sorgen.

### Neo-Isolationismus im Trend

Ein noch radikalerer Vorschlag wird von Earl C. Ravenal und Christopher Layne<sup>20</sup> gemacht: sie treten für ein vollständiges Disengagement der Amerikaner von Westeuropa innerhalb einer Dekade ein, möchten auf weitgehende Einflußmöglichkeiten der USA in westeuropäischen Angelegenheiten verzichten und durch die Reduzierung der strategischen Abhängigkeit Westeuropas von Amerika die Distanzierung von europäischen Konflikten und Problemen ermöglichen. Gleichzeitig sollen die abgezogenen US-Streitkräfte in andere Regionen verlagert werden, die instabil sind und sich nicht selbst verteidigen können. Uneigennützig Hilfeleistungen aber, wie z. B. die Verteidigung des Persischen Golfs, der hauptsächlich nur für die Verbündeten (Westeuropa, Japan) wichtig sei, werden von Ravenal kategorisch abgelehnt. Disengagement von Europa und Reduzierung der globalen US-Bündnisverpflichtungen, so lautet seine Argumentation, können realistischerweise nur innerhalb einer umfassenden Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik stattfinden, die eines genau definierten Verteidigungsperimeters und eines glaubwürdigen, praktikablen strategischen Konzeptes bedürfe. Diese neue nationale Strategie müsse im Sinne einer wirkungsvollen Kriegsvermeidung (anstelle von Abschreckung) eine „no-first-use“-Doktrin inkorporieren, alle Interventionsverpflichtungen aufkündigen und sich auf eine nationale Selbstständigkeit („self-reliance“) gründen.

Mit diesem neo-isolationistischen Ansatz zur Neugestaltung der amerikanischen Außenpolitik stehen Ravenal, Layne, Cohen und andere eindeutig am extremen Ende des politischen Spektrums, das auf die Entscheidung der Reagan-Regierung und – so hoffen die Verfasser – auf künftige US-Administrationen kaum Einfluß haben wird. Dennoch liegt das zentrale Anliegen des Neo-Isolationismus, der allein den Schutz Amerikas gewährleisten möchte, ganz im Trend der gegenwärtigen Meinungsbildung.

### Schlußfolgerungen

Wie immer man auch zu diesen radikalen oder gemäßigeren Vorschlägen stehen mag, bei nüchterner Betrachtung der einzelnen Problempunkte ergibt sich folgendes Fazit: Es kann nicht alles beim Alten bleiben, auch wenn viele Europäer dies gerne möchten. Dafür hat sich bereits in den Beziehungen zwischen USA und Westeuropa zu viel verändert. Starre, sich ausschließende Alternativen zu postulieren, führt zu keiner adäquaten Problemlösung.

„Europa ohne Amerika“ – für dieses Szenario bieten sich nach Josef Joffe<sup>21</sup> mehrere theoretische Alternativen zu dem Verlust des nuklearen Schutzschirms der USA an: ein Europa, eine Bombe (geeintes Europa), ein Europa, zwei Bomben (Frankreich und Großbritannien als Schutzmächte) oder ein Europa und viele Bomben (mehrere europäische Nuklearmächte). Unabhängig von der Lösung dieser strategischen Frage und der dann ebenfalls unumgänglich gewordenen starken konventionellen Aufrüstung bleibt die politische Zukunft eines von den USA aufgegebenen Europas ein weites Feld für Spekulationen, in dem eine neue „Supermacht Europa“ und ein „kommunistisches oder finnlandisiertes Europa“ die extremsten Mutmaßungen darstellen. Im Gegensatz zur europäischen Situation, in der eine Prognose der wahrscheinlichen Entwicklung wegen der Vielzahl bestimmender Faktoren und der Heterogenität der europäischen Außenpolitiken sich als sehr schwierig erweisen würde, sind die möglichen Folgen eines „Amerika ohne Europa“ klarer und deutlicher gegeneinander abzuschätzen. Da auch eine Supermacht wie die USA Freunde, Alliierte und Einflußzonen braucht, um ihre nationalen Interessen in der Welt sichern zu können, würde ein isolationistischer Rückzug in die „Festung Amerika“ mit Sicherheit ihren Status als Supermacht in Frage stellen. Die Möglichkeiten zur Konfliktkontrolle und Verhinderung eines größeren Krieges auf dem europäischen Kontinent wären stark eingeschränkt, und – so Joffe – sollte sich Amerika ein drittes Mal für die „Rettung“ Europas entscheiden, käme dies auf jeden Fall wesentlich teurer als die Aufrechterhaltung der Abschreckung (und des „burden-sharing“-Problems).

Ob eine sowjetische Dominanz Westeuropas auch die eigene nationale Sicherheit Amerikas gefährden würde, darüber gehen die Meinungen von Universalisten und Isolationisten weit auseinander. Sicher jedoch ist, daß die Nähe der NATO-Stützpunkte zur Sowjetunion und den Warschauer Pakt-Staaten für die USA ein effektiveres nukleares Abschreckungssystem erlauben und ihr die europäischen NATO-Mitglieder eine insgesamt stärkere militärische und strategische Position verleihen. Bei einem Rückzug aus der NATO könnte das nukleare Arsenal der USA deshalb nicht reduziert werden, sondern müßte wahrscheinlich sogar ausgebaut werden<sup>22</sup>.

Kein Zweifel, dieser Auffassung ist auch die Reagan-Administration, die nicht nur die „radikalen“ Vorschläge, sondern auch die von Kissinger, Stevens und

Nunn abgelehnt und sich stets gegen jegliche Verminderung der US-Truppen in Europa ausgesprochen hat. Nichtsdestoweniger hat sich unter der konservativen Regierung Reagan ein tiefgreifender Wandel der amerikanischen Außenpolitik vollzogen, der auch an den NATO-Alliierten nicht spurlos vorübergegangen ist. Die neue amerikanische Politik des Unilateralismus des selbstbewußten „going it alone“<sup>23</sup> befürwortet zwar den Dialog und enge Konsultationen mit den Verbündeten sowie die Annahme etwaiger Unterstützungsangebote, will aber den Rückhalt in der Allianz nicht mehr zur Voraussetzung für amerikanisches Handeln machen – so Reagan: „We would act with others if possible and alone if necessary“<sup>24</sup>.

Unmißverständlich wird diese globalstrategische und unilateralistische politische Orientierung in der Reagan-Doktrin dokumentiert. In ihr wird die Entschlossenheit Amerikas deutlich, sich nicht mehr um nervöse und unzuverlässige Alliierte zu kümmern, wenn es darum geht, Marionetten-Regime der Sowjetunion in der III. Welt zu stürzen. Unilateral war auch die Aufkündigung des SALT II-Vertrages im Juni 1986, die – wie so viele Aktionen Reagans – die Alliierten überraschte und verstimmte.

Tatsächlich gibt es nur wenig sachliche Gründe für die Aufrechterhaltung des inzwischen veralteten SALT II-Abkommens, das beständige Modernisierungen und immer höher entwickelte Systeme mit besserer Treffsicherheit nicht zu verhindern vermochte. Trotzdem haben die Europäer den SALT-Verträgen immer eine relativ hohe Bedeutung beigemessen und wollen sich mit dem amerikanischen Vorgehen nicht abfinden.

### Verständnis gefordert

Obwohl in weniger als zwei Jahren ein neuer amerikanischer Präsident gewählt wird, wäre es ein großer Fehler der Europäer, einfach abzuwarten und in der Hoffnung auf „bessere Zeiten“ nichts zu tun, um die Ursachen der gegenwärtigen Spannungen zu beseitigen. Die unilateralistische Bewegung verfügt über ein breites Fundament in der amerikanischen Öffentlichkeit und unter den amerikanischen Politikern, bei denen ein „tiefes Unbehagen um sich greift“<sup>25</sup> angesichts eines Europas, das in ihren Augen unwillens und unfähig ist, „der sowjetischen Herausforderung zu begegnen, während es dadurch die Vereinigten Staaten an entschlossenem Handeln hindert“<sup>26</sup>.

Die Europäer sollten sich bemühen, Verständnis für die genuinen amerikanischen Interessen aufzubringen, auch wenn diese in vielerlei Hinsicht nicht mit den europäischen Präferenzen übereinstimmen. Dies kann die Basis sein, dem Bündnispartner USA das Gefühl einer grundsätzlichen Solidarität zu vermitteln. Der Preis, den die Europäer dafür zahlen müssen, reicht von stärkerer politischer Unterstützung bis hin zu relativ unpopulären Maßnahmen wie höheren Verteidigungsausgaben für konventionelle Rüstung und, von Fall zu

Fall erforderlichen, Hilfeleistungen bei militärischen Aktionen der USA. Der Gewinn für uns Europäer ist die Erhaltung der amerikanischen Freundschaft, die Stabilisierung des atlantischen Bündnisses und die Chance, die Aufgaben der Zukunft partnerschaftlich zu meistern.

<sup>1</sup> Richard R. Burt, Rede vor dem Hamburger Überseeclub am 25. 2. 1986, in: Amerika Dienst, Dokumentation, 26. 2. 86, S. 3.

<sup>2</sup> Siehe hierzu Josef Joffe, „Die imperiale Republik und das Bündnis“, in: Süddeutsche Zeitung, 11. 6. 86: „Nicht Sicherheit mit, sondern Sicherheit vor den Amerikanern ist die Parole.“

<sup>3</sup> Vgl. Eliot A. Cohen, „Do We still Need Europe?“, in: Commentary, Vol. 81, Nr. 1, 1985. – Vgl. Alan Tonelsen, „The Real National Interest“, in: Foreign Policy, Nr. 61, Winter 85/86. – Vgl. Earl C. Ravenal, „Europe without America: The Erosion of NATO“, in: Foreign Affairs, Vol. 63, Nr. 5, Summer 1985.

<sup>4</sup> Vgl. Thomas A. Callaghan, „Can Europe Be Defended?“, in: The Atlantic Community Quarterly, Summer 1983.

<sup>5</sup> Vgl. David Calleo, „Domestic Priorities and the Demands of Alliance: An American Response“, in: Adelphi Papers 184, Summer 1983.

<sup>6</sup> Caspar Weinberger, „Jahresbericht an den Kongreß“, 4. Februar 1985, in: Europa-Archiv, Folge 18, 1985, S. 499.

<sup>7</sup> Joseph I. Coffey / Françoise E. Paublant, „Ist die NATO noch zeitgemäß? Westeuropa vor neuen amerikanischen Konzepten“, in: Integration 9, Jg. 2/86, Beilage zur Europäischen Zeitung, S. 53.

<sup>8</sup> Vgl. Eva-Maria Maszyk, „Probleme einer globalen Sicherheitspolitik. USA – Westeuropa: Ein Riß in der Freundschaft?“, in: Politische Studien, Nr. 288, Juli-August 1986.

<sup>9</sup> Richard R. Burt, Rede vom 25. 2. 86, Amerika Dienst, S. 14–15.

<sup>10</sup> Vgl. William T. Tow, „NATO's Out-Of-Region Challenges and Extended Containment“, in: Orbis, Vol. 28, Nr. 4, Winter 1985.

<sup>11</sup> Vgl. David Aaron, „Neubewertung der Atlantischen Allianz“, in: Europa-Archiv, Folge 16, 1986.

<sup>12</sup> Vgl. Phil Williams, „The Nunn Amendment, Burden-Sharing and US-Troops in Europe“, in: Survival, Nr. 1, 1985.

<sup>13</sup> David Aaron, 1986, S. 481.

<sup>14</sup> Vgl. Earl C. Ravenal, Foreign Affairs, 1985.

<sup>15</sup> Vgl. Henry Kissinger, „A Plan to Reshape NATO“, in: The Atlantic Community Quarterly, Spring 1984.

<sup>16</sup> Vgl. Irving Kristol, „Saving the Atlantic Alliance“, in: Current, Dezember 1983. – Vgl. Kim Holmes, „Europeanizing NATO“, in: The Washington Quarterly, Spring 1986.

<sup>17</sup> Kim Holmes, 1986, S. 60.

<sup>18</sup> Joseph I. Coffey / Françoise E. Paublant, 1986, S. 58.

<sup>19</sup> David Aaron, 1986, S. 486.

<sup>20</sup> Vgl. Earl C. Ravenal, Foreign Affairs, 1985. – Vgl. Christopher Layne, „Ending the Alliance“, in: Journal of Contemporary Studies, Summer 1983.

<sup>21</sup> Vgl. Josef Joffe, „The Cost of Abandoning Europe“, in: The National Interest, Spring 1986.

<sup>22</sup> Vgl. Jonathan Paul Yates, „Burden-Sharing in NATO: Myth and Reality“, in: The Atlantic Community Quarterly, Spring 1986.

<sup>23</sup> Vgl. Strobe Talbott, „Going it alone“, in: Time Magazine, 28. April 1986.

<sup>24</sup> Ronald Reagan, zit. in: Time Magazine, 28. April 1986, S. 25.

<sup>25</sup> David Aaron, 1986, S. 481.

<sup>26</sup> Richard R. Burt, Rede vom 25. 2. 86, Amerika Dienst, Dokumentation, 26. 2. 86, S. 4.

### Summary

*The relationship between the United States and the European NATO partners is characterized by increasing resentments. The Americans want stronger European conventional armed forces, the Europeans fear the nuclear connection with the United States will weaken. The causes of these tensions lie in the varying perspectives regarding politics of security and strategy and in the differing estimates of the Soviet threat. As a superpower,*

*the United States holds to global security policies, whereas the Europeans pursue their regional concepts. Numerous suggestions in the United States aim at reducing the American defense guarantee for Europe, even to the point of a neoisolationism of American foreign policy. Up until now, the Reagan administration hasn't supported these ideas, but it is also prepared to act without the assent of the Europeans. Europe will have to make an effort to summon up more understanding for the American situation and to act accordingly, if the Atlantic alliance is to be stabilized.*

**Dr. Eva-Maria Masyk und Dr. Ludwig Watzal** leiten das Institut für Außen- und Sicherheitspolitik, München.